



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2021  
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

### **A 359 Anfrage Hunkeler Yvonne und Mit. über die Absichten des Regierungsrates bei der Einführung einer ökologischen Motorfahrzeugsteuer / Justiz- und Sicherheitsdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Yvonne Hunkeler ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Yvonne Hunkeler: Anlässlich der Klima-Sondersession vom 24. Juni 2019 hat der Kantonsrat zwei Postulate zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer erheblich erklärt. Ein Postulat kam aus den Kreisen der FDP, das andere von den Grünen. Beide Postulate wurden mit 87 Ja-Stimmen erheblich erklärt. Das politische Signal ist damit deutlich genug, um mit dem Thema vorwärtszumachen. Ich weiss, dass die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer eine der Massnahmen im Bericht über die Klima- und Energiepolitik ist. Dieser Bericht ist gegenwärtig in der Vernehmlassung, die Beratung im Kantonsrat wird wahrscheinlich erst 2022 stattfinden. In der Sessionsplanung 2021 habe ich ihn auf jeden Fall noch nicht gefunden. Frühestens im Jahr 2022 wird ein Projekt zur Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer gestartet. Das finde ich schade, und es ist aufgrund des klaren politischen Signals auch nicht nachvollziehbar. Ich kenne den Bericht über die Klima- und Energiepolitik des Kantons Luzern noch nicht in allen Details, habe aber gesehen, dass darin sehr viele Massnahmen zur Zielerreichung enthalten sind. Teilweise sind diese schon in Umsetzung, teilweise sollen sie verstärkt werden, und teilweise sind sie neu. Nun ist es aber nicht so, dass eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer eine neue Erfindung des Kantons Luzerns wäre. Man sieht in der Antwort zu meiner Anfrage, dass in neun Kantonen bereits ein Bonus-Malus-System existiert, und ein solches System beabsichtigt die Regierung des Kantons Luzern auch einzuführen. Im Weiteren darf nicht vergessen werden, dass die Motorfahrzeugsteuer sowieso einen Umbau nötig hat. Sie erinnern sich vielleicht an die Anfrage von Markus Bucher, welche in der Juni-Session 2020 beantwortet wurde. Die Motorfahrzeugsteuer muss auch angepasst werden, weil mit dem zunehmenden Anteil von Elektrofahrzeugen die Einnahmen zurückgehen. Damit ist die Strassenfinanzierung mittelfristig nicht mehr gesichert. Aus diesen Gründen würde ich es sehr begrüessen, wenn mit der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer vorwärtsgemacht wird. Das politische Risiko ist klein, dass die Massnahme im Rahmen der Beratung des Klimaberichtes gekippt wird. So hätten wir die Chance, dass ein neues Gesetz per 2023 in Kraft treten könnte.

Angelina Spörri: Der Verkehr hat eine grosse Bedeutung als Quelle von knapp einem Drittel der kantonalen Treibhausgasemissionen. Von den 675 000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ist der Personenverkehr für drei Viertel verantwortlich. Das liest man im Vernehmlassungsbericht Klima und Energie. Dass die Defossilisierung des motorisierten Individualverkehrs einen grossen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leisten würde, ist uns allen klar. Mit einer attraktiven Besteuerung eines emissionsarmen oder noch

besser emissionsfreien Fahrzeugs hätte der Kanton eine relativ einfache und wirkungsvolle Möglichkeit, die Fahrzeugkäufe in die gewünschte Richtung zu lenken. Es kann nicht sein, dass man fast das Doppelte an Motorfahrzeugsteuer zahlt, wenn man sich von einem Diesel trennt und ein Elektroauto kauft. Doch aktuell fehlen Lenkungsmaßnahmen für CO<sub>2</sub>-freundlichere Fahrzeuge im Kanton Luzern gänzlich, und wir hinken im Vergleich zu vielen anderen Kantonen massiv hinterher. Der Bundesrat lehnt eine Motion zur schweizweiten Vereinheitlichung einer ökologischen Motorfahrzeugsteuer ab. Grund dafür sei, dass schon viele Kantone eine gute, nachhaltige und ökologische Lösung erarbeitet haben und darum eine Vereinheitlichung nicht nötig wäre. In der Antwort zur Anfrage von Yvonne Hunkeler – und es freut mich sehr, dass dieser Vorstoss von der CVP eingereicht wurde – schreibt der Regierungsrat, dass Handlungsbedarf bestehe und er in diesem Bereich handeln wolle. Das begrüssen wir sehr. Dass er jedoch mit der weiteren Bearbeitung und einer Konkretisierung bis nach der Behandlung der Vernehmlassung warten will, kann die GLP nicht nachvollziehen. Der Handlungsbedarf besteht und ist nichts Neues, und wir verstehen nicht, warum in diesem Bereich nicht endlich gehandelt wird. Der Fall ist klar: Die diversen erheblich erklärten Vorstösse zum Thema Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer in den letzten Jahren zeigen, dass das Parlament hier vorwärtsmachen will. Darum fordert die GLP den Regierungsrat auf, das Thema endlich anzugehen, denn der Klimawandel wartet auch nicht. Jede Massnahme zur Senkung der Treibhausgasemissionen bringt uns näher zum vereinbarten Ziel «Netto null 2050».

Jörg Meyer: Irgendwann einmal werden wir zurückschauen und sagen: Weisst du noch? 2013 haben wir in diesem Rat bereits über eine Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer debattiert. Wenn es nach dem Willen der Regierung geht – so lobenswert der grundsätzliche Wille ist – werden wir etwa nach 13 Jahren zurückschauen und «weisst du noch» sagen. Aber das geht nicht. Der politische Wille ist gegeben. Dieses Parlament hat klare Aufträge erteilt, was es politisch in diesem Kanton zu diesem Thema will. Die klimapolitische Sinnhaftigkeit ist mittlerweile hoffentlich in breiten Kreisen anerkannt. Sie wird jetzt auch im Vernehmlassungsentwurf zum Klimabericht von der Regierung noch einmal gut aufgezeigt. Der Vernehmlassungsbericht zeigt auch auf, dass es aus klimapolitischen Gründen keine Abhängigkeiten, keine Rückkopplungen und keine Verknüpfungen einer Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer gibt, die man irgendwie noch berücksichtigen oder abwarten müsste. Im Kanton Luzern ist alles bereits gegeben, was es braucht, damit wir endlich vorwärtsmachen können und eben nicht «weisst du noch» sagen müssen. Es gibt keinen Grund, jetzt noch die Vernehmlassung und die Auswertung abzuwarten. Für viele Massnahmen mag das stimmen, für die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer aber nicht. Alles ist da, was wir brauchen; lasst es uns anpacken. Wenn wir dann am 1. Januar 2023 eine neue Motorfahrzeugsteuer hätten, wären das immerhin nur zehn Jahre gewesen und nicht mehr. Die Regierung sollte sich an die Arbeit machen.

Daniel Keller: Wer sich die sehr pointierte Anfrage von Yvonne Hunkeler zu Gemüte führt, stellt fest, dass es die baldige Mitte-Partei mit der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer eilig hat. Ob das die mehrheitlich bürgerlichen Luzerner Wählerinnen und Wähler auch so sehen, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall haben wir vor acht Jahren zusammen mit der CVP die ökologische Motorfahrzeugsteuer politisch gebodigt, weil es eine Mogelpackung ohne Mehrwert war. Ähnlich sieht die Situation heute aus. Auf der einen Seite fördert der Staat keine ökologischen Fahrzeuge, man setzt auf Eigenverantwortung statt auf Subventionen mit Steuergeldern. Das ist richtig so. Auf der anderen Seite sind viele Luzernerinnen und Luzerner nicht in der Lage, sich heute ein neues, teures Elektrofahrzeug anzuschaffen. Eine solche Steuererhöhung würde voraussichtlich von der SVP auch an der Urne bekämpft werden. Vergessen wir zudem einen wichtigen Punkt nicht: Unsere Kantonsstrassen sind durch drei Geldquellen finanziert, die Motorfahrzeugsteuer, die Benzinzollgelder und die LSVA-Einnahmen des Bundes. Aus dieser Kasse werden auch Radwege und die geplanten Velo-Highways finanziert. Wenn also immer weniger Sprit getankt wird, die Benzinzollgelder sinken und die Motorfahrzeugsteuer bei den Elektrofahrzeugen dann auch noch gesenkt werden soll, wie wollen Sie dann die Strassen noch finanzieren? Wie soll die Umverteilung

funktionieren? Von solchen Experimenten sollte man die Finger lassen, sie bringen der Umwelt keinen Mehrwert. Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht weiter umerzogen werden, denn die Energiestrategie 2050 wird dafür sorgen, dass sich neue, umweltfreundliche Fahrzeugtechnologien ganz automatisch durchsetzen werden. Dafür muss man bloss ein wenig Geduld haben.

Thomas Meier: Die Umstellung bei der Motorfahrzeugsteuer weg vom Pauschalbetrag hin zur Besteuerung der Leistung ist eine Erbschaft aus dem Konsolidierungsprogramm 17 (KP17). Das hat dazu geführt, dass vor allem Fahrzeughalter mit leistungsstarken Autos zur Kasse gebeten werden. Das Unschöne daran ist, dass auch ökologische E-Fahrzeuge mit hohen Kilowattstunden als leistungsstarke Autos gelten. So wird immer wieder das Extrembeispiel des Tesla Modell S erwähnt, für den man nach der Umstellung der Besteuerung im Jahr 2017 plötzlich das 21-Fache der vorherigen Motorfahrzeugsteuer zahlen musste, also von 40 auf 880 Franken. Dass das für rote Köpfe gesorgt hat, ist kein Wunder und muss korrigiert werden. Das Ziel «Netto null 2050» ist ambitioniert, und die Hauptverursacher gehen aus dem Klima- und Energiebericht ganz klar hervor. Rund ein Drittel der kantonalen Treibhausgasemissionen stammen aus dem Strassenverkehr und davon wiederum drei Viertel aus dem Personenverkehr. Es wäre also ein Quick-Win, wenn man möglichst schnell bei den Verbrennungsmotoren ansetzen und entsprechend CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge mit einer tiefen Motorfahrzeugsteuer fördern würde. Der FDP ist es jedoch ein Anliegen, dass bei einer neugestalteten ökologischen Motorfahrzeugsteuer die gewerblich genutzten Fahrzeuge speziell behandelt werden. Das soll aber nicht heissen, dass ein SUV von einer höheren Abgabe ausgenommen ist, weil er über das Geschäft läuft. Die Antworten der Regierung sind in Ordnung, die Fakten liegen auf dem Tisch, und es gibt keine Zeit mehr zu verlieren, um mit der Umsetzung der Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer zu beginnen.

Hannes Koch: Herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen von Yvonne Hunkeler. Die Grünen und Jungen Grünen sind mit der Antwort nicht zufrieden, denn wir sehen keinen Grund, auf den Klimabericht zu warten. In der Session vom 24. Juni 2019 wurde die Motion M 39 der G/JG-Fraktion mit 87 Stimmen als Postulat erheblich erklärt. Auch ein Vorstoss der FDP zu diesem Thema wurde mit einer grossen Mehrheit überwiesen. Wir sehen keinen Grund, die Forderung dieser beiden Postulate mit dem Klimabericht zu verknüpfen. Das Verständnis zur ökologischen Motorfahrzeugsteuer hat sich im Rat geändert. Es macht keinen Sinn, noch Jahre zu warten. Es gibt auch nichts, auf das man warten müsste. Mit Warten wurde noch selten etwas vorangetrieben und erreicht. Yvonne Hunkeler hat es ausführlich geschildert: Der Auftrag der Postulate ist klar. In anderen Kantonen wurde bereits Vorarbeit geleistet, und ich schliesse mich gerne dem Schlusswort von Jörg Meyer an. Die Regierung sollte sich an die Arbeit machen.

Armin Hartmann: Ich habe die Diskussion sehr gespannt verfolgt. Leider hat niemand gesprochen, der damals in der WAK war, als wir dieses Thema schon einmal besprochen haben. Ich hatte gerade das Gefühl, das Parlament sei selber der Meinung, es sei absolut gradlinig und verfolge eine klare Strategie. Das war in den letzten Jahren überhaupt nicht so. Wir waren schon einmal so weit. Ein Postulat wurde überwiesen, und man ging guten Mutes in die WAK, wo sich dann die Probleme gezeigt haben. Auch dann hatten wir das Gefühl, dass wir uns andere Kantone als Beispiel nehmen könnten. Wir haben alle Vorschläge der anderen Kantone angeschaut, alle Verbände am Tisch gehabt, und am Schluss wusste niemand mehr, wer was will. Dann hat man die Übung abgebrochen. Auch seit dem Jahr 2013 ging das Parlament eher in eine andere Richtung. Dass die Elektrofahrzeuge heute voll besteuert werden, wurde in diesem Parlament so unterstützt. Dass ein Tesla plötzlich über Nacht 20-mal mehr kostet, wurde hier unterstützt. Wenn es zu einer Vorlage kommt, werden wieder die gleichen Diskussionen aufkommen. Sie können sich sicher sein, dass dieser Weg lange wird und es ausführliche Diskussionen im Rat geben wird. Am Schluss wird das Volk entscheiden, und zu diesem Thema hat das Volk in vielen Kantonen klare Entscheidungen gefällt. Schlussendlich hat meist die Haltung der kleinen Leute obsiegt, dass das alles schön und gut sei, aber man schlicht und einfach kein Geld habe, um sich

morgen ein neues Auto zu kaufen. Seien Sie darum vorsichtig, und folgen Sie dem Weg der Regierung, denn dieser ist politisch sehr schlau.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Ich kann Jörg Meyer beruhigen: Die Regierung hat gearbeitet, wir haben einen Planungsbericht erstellt, der nun vorliegt. Sie müssen ihn jetzt lesen, darüber nachdenken und Haltungen entwickeln. Die Grundhaltung der Regierung zu diesem Thema ist darin gut beschrieben. Die Zielsetzung lautet: Ökologisierung und Einführung eines Bonus-Malus-Systems bei der Motorfahrzeugsteuer für PKW und leichte Nutzfahrzeuge bei langfristiger Sicherung des Ertrags, Differenzierung nach CO<sub>2</sub>-Emission bei gleichbleibendem Ertrag. Wir sind selbstverständlich bereit, verschiedene Varianten aufgrund dieser Stossrichtung zeitgerecht zu bearbeiten.